



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

PRESSEMITTEILUNG

FÖS FORDERT ATOMSTEUER FÜR MEHR GERECHTIGKEIT

Viele Kosten, die bei der Nutzung der Atomenergie in Deutschland anfallen, werden nicht von den Atomkonzernen getragen. Mit einer **Atomsteuer von 2,5 Ct/kWh bis 2012 und von 3,5 Ct/kWh ab 2013** soll den Verursachern ein Teil dieser Kosten angelastet werden.

Bei der Stromproduktion aus Kohle- und Gaskraftwerken werden die externen Kosten, in diesem Fall CO₂-Emissionen, den Verursachern durch das Europäische Emissionshandelssystem angelastet. *„Damit die Kohle- und Gaskraftwerke keine Nachteile gegenüber Atomkraftwerken in Kauf nehmen müssen, ist es folgerichtig, auch der Atomenergie zumindest einen kleinen Teil ihrer externen Kosten anzulasten,“* so FÖS-Geschäftsführer Sebastian Schmidt.

Außerdem liegen die **Produktionskosten für Atomstrom** nach einer Studie der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) bei 2,2 Cent pro Kilowattstunde Strom. In ihrem konservativen Szenario mit moderaten Strompreisentwicklung geht die LBBW davon aus, dass der Strom für 5,1 Cent weiterverkauft werden kann. Gut möglich seien jedoch in Zukunft auch acht Cent.¹ Die insgesamt mögliche und sinnvolle Abschöpfung von Windfall Profits der Atomenergie liegt laut LBBW also zwischen 2,9 und 5,8 Ct/kWh. Kraftwerke mit geringen Grenzkosten profitieren von der Preisbildung an der Strombörse. Da das Grenzkraftwerk den Strompreis bestimmt und dieser immer über den Grenzkosten (abgeschriebener) Atomkraftwerke liegt, erzielen diese Kraftwerke immer Windfall Profits. Verstärkt wird dieser Effekt durch den Emissionshandel und den sowohl empirisch als auch theoretisch nachgewiesenen überhöhten Strompreis.² *“Die Abschöpfung dieser Zusatzgewinne rechtfertigt die Steuer ebenfalls,“* so FÖS-Geschäftsführer Sebastian Schmidt.

Vorstand

Dr. Anselm Görres (Vorsitz)
Dipl.-Vw. Kai Schlegelmilch
(Stellvertretender Vorsitz)
Florian Prange M.Sc (Schatzmeister)

Dr. Dörte Fouquet
Dipl.-Vw. Bettina Meyer
Dipl.-Pol. Martin Weiß

Geschäftsführung

Damian Ludewig
Andrea Sauer (in Elternzeit)
Sebastian Schmidt

Beirat des FÖS

Dr. Gerhard Berz
Prof. Dr. H.-C. Binswanger, CH
Dr. Martin Bursík, Vize-Premier a.D., CZ

Prof. Dr. Frank Convery, IRE
Dr. Henner Ehringhaus, CH
Dr. Franz Fischler, EU-
Agrarkommissar a.D., AT
Josef Göppel, MdB
Prof. Dr. Hartmut Graßl
Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, CH
Norbert Mann

Dr. Paul E. Metz, NL
Prof. Janet E. Milne, USA
Yannis D. Paleocrassas, GR
Prof. Dr. Albert J. Rädler
Christine Scheel, MdB

Matthias Max Schön
Prof. Dr. Ulrich Steger
Prof. Dr. Norbert Walter
Prof. Dr. E. U. von Weizsäcker
Prof. Dr. Wolfgang Wiegand
Anders Wijkman MdEP, S
Dr. Angelika Zahrt

¹ Die Studie ist noch nicht veröffentlicht, zentrale Ergebnisse wurden aber von der Berliner Zeitung am 4.7.2009 veröffentlicht, siehe

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/0704/wirtschaft/0058/index.html>

² Ausführlich dazu siehe Öko-Institut 2008 sowie FÖS 2009, S 63ff.

Die **externen Kosten der Atomenergie** sind vielfältig. Externe Kosten sind Kosten, die nicht die Nutznießer einer Leistung, sondern Dritte tragen. Sie entstehen auf jeder Stufe der Prozesskette der Atomenergienutzung: Vom Uranbergbau über die Verarbeitung, Anreicherung, Transport, Kernkraftwerksbetrieb bis zur Zwischen- und Endlagerung der verbrauchten Brennelemente und von sonstigen kontaminierten Stoffen. Wesentlicher Einflussfaktor bei den externen Kosten der Atomenergie sind auch die zu erwartenden Kosten und Risiken eines nuklearen Unfalls. Der Bundeshaushalt wird allein für die Stilllegung und den Rückbau von kerntechnischen Anlagen mit voraussichtlich mindestens 7,7 Mrd. Euro belastet (z.B. für die Endlager Asse II und Morsleben).³ Ob die Rückstellungen für Stilllegung und Entsorgung im Bedarfsfall in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen, ist durch die innerbetriebliche Verwendung für andere Projekte nicht hinreichend abgesichert.⁴

Die Steuerhöhe soll so gestaltet werden, dass sie sich ungefähr in der Größenordnung der Belastung anderer fossiler Energieträger bewegt. Außerdem spielen Unterschiede im Erzeugungspreis für elektrischen Strom ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Begründung der Steuererhebung. **Die Zusatzgewinne und externen Kosten legen zwar einen viel höheren Steuersatz nahe, da radikale Steuererhöhungen jedoch angefochten werden könnten, wird zunächst nur ein moderater Atomsteuersatz von 2,5 Ct/kWh bis 2012 und von 3,5 Ct/kWh ab 2013 vorgeschlagen.** In der Vergangenheit in den Atomsektor geflossene Subventionen können dem Sektor nicht nachträglich angelastet werden, spielen aber für die Gerechtigkeit im Wettbewerb der Energieversorger weiterhin eine tragende Rolle. Auch vor diesem Hintergrund erscheint der Vorschlag sehr moderat.

Weitere Informationen unter www.foes.de

Kontakt: Sebastian Schmidt, FÖS -Geschäftsführer, Tel: 0176-96043769

Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.

³ Nach Angaben des BMU, vgl. http://www.bmu.de/dossier_ee_und_atomenergie/content/44570.php

⁴ Ausführlich zur Problematik der Rückstellungen der Atomwirtschaft siehe FÖS 2009, S. 50ff.